



3. Mai 2017

Neuerungen beim Datenschutz

Referat Jubiläumsveranstaltung 10 Jahre Informations- und Datenschutzgesetz (IDG)

Sehr geehrte Damen und Herren

Geschätzter Gastgeber, Bruno Baeriswyl

Ich danke der Vorrednerin Ingrid Hieronymi und den Kollegen, die bereits gesprochen haben. Das ist sehr anregend, was wir da alles hören.

Ich weiss nicht, wie es Ihnen geht: Ich persönlich bin dem Schicksal überaus dankbar, dass mein kurzes Fenster, in dem ich den Lauf unserer Gemeinschaft etwas mitgestalten darf, in eine derart spannende Zeit fällt. Ich meine, wir leben in wilden Zeiten, was das Mass an erzeugten Innovationen angeht.

Ich kann Ihnen das historisch nicht belegen. Aber ich stelle mir vor meinem inneren Auge auf dem Strahl der Geschichte eine Wellenbewegung vor. Diese zeichnet auf, wie viele Innovationen eine Gesellschaft zu einer bestimmten Zeit erzeugt. Mal ist es mehr, zum Beispiel, wenn die Nutzung der Dampfkraft die körperliche Kraft der Menschen vervielfacht. Dann wieder ist es weniger, wenn sich die Nationen vorab die Köpfe einschlagen und zivilisatorische Errungenschaften ihrer Vorfahren zerstören. In unserer Lebenszeit und hier bei uns in Mitteleuropa liegt die Kurve der Innovationen im Moment über dem Schnitt der Vergangenheit - dafür gibt es doch einige objektive Hinweise.

Ich bin mir also einigermaßen sicher, dass in unserer Zeit, um es kurz zu sagen, viel läuft. Wiederum spannend wäre es jetzt, wenn wir dazu die Einschätzung unserer Nachfahren schon kennen würden. Wie werden sie über unser Wirken denken? Mit Anerkennung? Oder werden sich unsere Kindeskinde fragen, wie wir so blind sein konnten, all die tollen neuen Möglichkeiten, die die Welt bietet, zu übersehen?

Vielleicht werden unsere Enkel feststellen, dass wir, die Menschen, die die ersten Jahrzehnte des 21. Jahrhunderts gestalteten, zwar durchaus Computer nutzten. Aber vielleicht produzieren wir aus der dereinstigen Sicht unserer Enkel immer noch Karteikarten. Die kommen zwar aus Druckern und wir verschicken sie auch elektronisch. Aber möglicherweise stellen unsere Nachfahren fest, dass wir das eigentliche Wesen der Digitalisierung nur sehr zögernd verstanden haben. Unser Verwaltungshandeln, unsere wirtschaftlichen Prozesse folgen noch viel zu stark der Logik des Karteikarten-Zeitalters. Ja, wir sind halt keine IT-Natives, sondern nur IT-Migrantinnen und -Migranten.

Wie erstere, also die Natives, die Digitalisierung nach unserer Zeit nutzen werden, um auch staatliche Dienstleistungen radikal zu verändern und Jahrhunderte alte Organisationsformen durch neue Zusammenarbeitsmodelle abzulösen, werden wir sehen. Der Umbruch zeichnet sich ab. Die Fragen stehen im Raum. Die Antworten müssen noch gefunden werden.

Das ist es, was ich mit spannend meine.



Ich finde das toll. Wir sind Teil dieser Geschichte und gestalten sie mit, aktiv oder passiv, ob wir wollen oder nicht.

Die sogenannte vierte industrielle Revolution ist im Gang:

- der weltgrösste Anbieter von Hotelbetten besitzt kein Hotel (airbnb)
- der weltgrösste Taxi-Anbieter besitzt kein Taxi (uber)
- die Datenvolumina explodieren

Mein Herz schlägt natürlich für die aktive Beteiligung. Aber diese kostet Kraft und Überwindung. Denn selbstverständlich ist sie nicht. Veränderungen sind uns Menschen ja im Grundsatz suspekt. Veränderungen und damit auch die Digitalisierung laufen unserem innersten Empfinden oft zuwider.

Am liebsten ist uns der Status Quo.

Für viele ist die Zukunft nur die Fristerstreckung der Gegenwart.

Wir wollen Wachstum ohne Veränderung.

Und viele von uns machen den Eindruck, als ob sie in ihrem Leben nichts mehr vorhätten.

Dennoch sagt uns unser Verstand, dass das nicht geht. Denn die Evolution findet statt und der Konkurrenzkampf auch. Und so wissen wir, dass wir in unserem Leben nicht bloss Passagiere sein können, sondern auch ans Steuer sitzen müssen. Sie alle beweisen mit Ihrer Teilnahme an dieser Veranstaltung, dass Sie tatsächlich dort Platz nehmen und selber fahren wollen.

Geschätzte Damen und Herren

Wir sind hier im Kanton Zürich und damit in einer der reichsten, potentesten und wissensstärksten Region auf unserem Planeten. Weil ich in der Regierung dieses Kantons bin, werde ich ab und zu gefragt, was das Besondere am Kanton Zürich sei. Dann antworte ich: Es sind seine ständige Erneuerungskraft, sein grosses geistiges Potential, seine Ideen. Zürich hat eine lange Tradition als Pionierkanton. Das reicht zurück bis zu Zwingli und der Reformation.

Damals hat Zürcher Erneuerungskraft Weltgeschichte geschrieben. Hier im Kanton Zürich erstritten sich Demokraten in Stadt und Land ein modernes Gemeinwesen. Zürich war Vorreiter beim Aufbau der Volksschule. Von hier aus wirkte Alfred Escher und brachte der Schweiz die Eisenbahn und die ETH. Im Kanton Zürich entstand eine Gesellschaft, die auf Bildung, Forschung und Innovation setzt. Darum wurden wir zu einem der stärksten Wirtschaftsräume der Welt.

Auch heute entstehen gesellschaftliche und wirtschaftliche Pionierleistungen. Dazu gehören die Durchmesserlinie ebenso wie Mehrgenerationenhäuser, Start-up-Firmen, innovative Kindertagesstätten oder ein vielfältiges Kulturleben. Das alles gibt mir die Zuversicht, dass wir die Herausforderungen der Digitalisierung auch im Bereich des E-Government packen werden. Im vollen Wissen darum, dass Irrwege fester Bestandteil jeden Fortschritts sind.



Eine Frage, die mich im Zusammenhang mit E-Government und Digitalisierung umtreibt, ist die der Rollenverteilung. Oder konkreter:

- Was kann und muss die Politik in diesem Umfeld tun?
- Beschränkt sie sich am besten auf die Rolle der Zuschauerin einer Entwicklung, die private Firmen vorantreiben?
- Oder soll die Politik Moderatorin des Prozesses sein?
- Oder gar Regulatorin?
- Soll sie vorgeben, was auf dem Feld der Digitalisierung zu geschehen hat?

Gern erzähle ich Ihnen in diesem Zusammenhang eine Geschichte, die ich kürzlich in einem Buch gelesen habe. Das Buch heisst "Das Kapital des Staates". Geschrieben hat es Mariana Mazzucato, eine Professorin für Innovationsökonomie der Universität Sussex. Die italienisch-amerikanische Forscherin zeichnet darin nach, wie der einstige Verkäufer von Computer-Bausätzen Apple dank Produkten wie dem iPod, dem iPhone und den Tablets zum Vorreiter in der globalen Informations- und Kommunikationsindustrie geworden ist, die uns alle als Revolution erfasst und fest im Griff hat.

Waren die Köpfe bei Apple rund um Steve Jobs einfach so viel cleverer als die von Microsoft, Nokia, Google und Sony Ericson? Warum hat ausgerechnet Apple es geschafft, die Art, wie wir kommunizieren, arbeiten und Musik hören, zu prägen und umzukrempeln?

Mazzucatos Befund: Apple hat von der Technik, die in den Apple-Produkten steckt, fast nichts selber entwickelt. Das sieht man an den Forschungsaufwendungen der einstigen Konkurrenten. Apple liegt da fast am Schluss. Zehn Konkurrenten der Firma gaben zum Teil deutlich mehr aus für Forschung und Entwicklung als Apple, nur drei forschten weniger.

Erfolgreich war die Firma aus einem anderen Grund: Sie hat es wie keine andere verstanden, das Potenzial von vorhandenen Techniken zu erkennen und zu neuen Produkten zusammenzufügen. Dazu kamen – selbstverständlich – überragende Designer und ebensolche Marketing-Fachleute. Aber die Technik hat Apple übernommen. Und das Überraschende in unserem Zusammenhang: Die Technik verdankt der Technologiekonzern zu grossen Teilen dem Staat.

Die Autorin zeichnet das nach: Die für Apple-Geräte unerlässliche grosse Speicherkapazität von Festplatten und Speicherkarten förderte der Staat von der abstrakten Idee bis zum marktfähigen Produkt. Die Grundlagenforschung dazu geschah in Europa, die Weiterentwicklung besorgte das amerikanische Energieministerium.

Erste und einzige Käufer einer neuen, teuren Generation von Mikroprozessoren waren das US-Militär und die Raumfahrtindustrie. Mit ihren steuerfinanzierten Investitionen und ihren Anforderungen sorgten die Regierungsbehörden dafür, dass die Kosten für die neuen integrierten Schaltkreise sanken und auch für andere Anwendungen erschwinglich wurden.

Auch bei der Entwicklung von Halbleitern war die Rolle des Staates zentral: Aus Angst, gegenüber dem Konkurrenten Japan in Rückstand zu geraten, drängte das US-Verteidigungsministerium die amerikanischen Hersteller und Universitäten zur Zusammenarbeit und unterstützte diese Forschung gleichzeitig mit Milliardenbeträgen. Die Koordination der Forschung führte zu einem breiteren und rascheren Abgleich des Wissens und verhinderte doppelte Forschung.

Den ersten Touchscreen entwickelten in den 1960er Jahren eine britische staatliche Behörde namens Royal Radar Establishment. Das Internet geht wiederum zurück auf die US-Behörden, die ihre Kommunikation nach einem Atomschlag mit einem Netz von einzelnen Anlagen sichern wollten. IBM und AT&T lehnten Aufträge zur Umsetzung eines solchen Netzes ab, weil sie glaubten, ein derartiges Netz würde ihr Geschäftsmodell bedrohen. Ein erstes Netz baute darum die staatseigene Post.



Zwei weitere Schlüsseltechniken der Apple-Produkte gehen ebenfalls auf staatliche Initiative und Finanzierung zurück: Das GPS und die künstliche Intelligenz Siri, die natürliche Sprache verarbeiten kann. Soweit die Erkenntnisse zu den Leistungen von Apple, Erkenntnisse, die man gestützt auf die Forschung von Mariana Mazzucato auf andere Bereiche wie die Energieversorgung ausdehnen könnte.

Ich vermute mal, dass auch die marktfreundlichsten Marktfreunde unter uns mit Blick auf diese Apple-Geschichte zur Kenntnis nehmen müssen, dass private Firmen allein den häufig enormen Initialaufwand neuer Entwicklungen nicht stemmen können. Zum Erfolg führt Zusammenarbeit. Und alle Akteure sollen sich überlegen, was ihre Rolle in diesem Prozess der Zusammenarbeit ist.

Geschätzte Damen und Herren

Ich bin Politikerin und schliesse die Apple-Geschichte damit gern mit folgenden Bemerkungen: Dem privaten Akteur gebührt grosser Applaus, weil die Firma mit der genialen Integration von Bestehendem Neues geschaffen hat. Damit darf eine Firma auch viel Geld verdienen. Aber übersehen wir nicht die Rolle des Staates. Auch unsere Hochschulen entlassen Jahr für Jahr zahlreiche Spinoffs, die ETH Zürich alleine bis zu 25 pro Jahr. Spinoffs, die in der Regel rasch und erfolgreich am Markt teilnehmen. Die öffentliche Hand hat am Erfolg dieser Jungfirmen einen zentralen Anteil. Es ist darum absolut richtig und wichtig, dass sich der Staat durch das Erheben von Steuern an diesem Erfolg beteiligt. Er kann so seinen Beitrag zu weiteren Erfolgen leisten.

Wer die ideologische Brille auszieht, sieht: Das ewige Gerede von der innovativen Privatwirtschaft und der trägen öffentlichen Hand ist halt nicht mehr als das – Gerede. Die wirtschaftshistorischen Fakten zeigen, dass postfaktisch argumentiert, wer die Anteile des Staates an den Erfolgen der gesamten Wirtschaft weg- und kleinreden will. Richtig erfolgreich sind wir dann, wenn wir die verschiedenen Rollen von privaten und staatlichen Akteuren kennen, wahrnehmen und schätzen – wenn es zu einer – auch politischen – Versöhnung von Staat und Privat kommt.

Zurück zum E-Government, zum Prozess der Digitalisierung hier und heute im Kanton Zürich und zur Rolle der Politik. Wir schauen stolz auf erste erfolgreiche Projekte von E-Gov-Partner wie E-Umzug. Das ist zwar ein junger Baum im Obstgarten der Digitalisierung. Ich freue mich aber, dass er Früchte trägt und dass das Gemeindeamt aus meiner Direktion hier entscheidende Pionierarbeit geleistet hat.

Aber uns allen ist klar, dass wir weitergehen müssen. Digitalisierung ist weit mehr als ein Technologie-Projekt. Wenn wir unsere Prozesse überprüfen, geht es immer gleich auch um Macht, um Partizipation, um Prozesse, um Transparenz, um Qualität, um Wettbewerb, um Rollenverteilung und um Zusammenarbeitsmodelle. Das alles sind Führungsaufgaben, vor denen die Politik ihre Augen nicht verschliessen kann.

Ich verfolge darum mit sehr viel Interesse den Prozess der Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung, an dem uns Peppino Giarritta vorhin hat teilhaben lassen. Und ich weiss, dass das für die gesamte Zürcher Regierung gilt. Wir sieben Mitglieder des Regierungsrates stehen hinter dieser Entwicklung und verstehen sie als Führungsaufgabe.



Wie Sie vielleicht wissen, bemüht sich der Regierungsrat, selber Schritt zu halten. Ausdruck davon ist Axioma. Über diese Plattform wickeln wir seit vergangenem Oktober sämtliche unsere Geschäfte ab. Nur damit keine Missverständnisse aufkommen: Wir treffen uns natürlich immer noch jeden Mittwoch zur Sitzung, und auch die beste elektronische Plattform ersetzt nicht das Gespräch von Angesicht zu Angesicht.

Aber die ganzen Unterlagen sind jetzt elektronisch verfügbar. Der Zürcher Regierungsrat arbeitet – zumindest theoretisch – papierlos. Das ist nicht gering zu schätzen, kursiert doch in den Gängen des Kaspar Escher-Hauses das Bonmot einer langjährigen Mitarbeiterin, die sagt, ein Verwaltungsgebäude sei bei Licht betrachtet eine Papierfabrik.

Sieben Regierungsmitglieder, die alle erst im Erwachsenenalter mit Computern Bekanntschaft geschlossen haben: Wie es läuft, wenn die sich plötzlich nur noch elektronisch austauschen, darf ich Ihnen im Detail nicht erzählen. Da fällt vieles unters Amtsgeheimnis.

Ganz kann ich das Erzählen dennoch nicht lassen: Es gab natürlich zahlreiche Pannen. Mal konnte ich ein Wochenende lang nicht auf die Dokumente zugreifen, die ich dringend gebraucht hätte. Einmal sass ich auch in der Regierungssitzung ohne jede Verbindung zu den Unterlagen. Ein Techniker war schon per Tram zum Rathaus unterwegs, als es mir dank WhatsApp und meiner Assistentin gelang, wieder zu den Dokumenten vorzudringen. Und immer wieder beschleicht mich leichte Unsicherheit, ob das interne Papier, das wir zu einer Vorlage erarbeitet haben, im Computer wirklich nur für mich oder auch für alle Kolleginnen und Kollegen abrufbar ist.

Fest steht: Wir lernen, denken mit und mein Gang vom Kaspar Escher-Haus zum Rathaus am Mittwochmorgen ist fast frei von papierem Ballast.

Digitalisierung – und jetzt? So lautet der Titel über meinem Referat. Ich erliege nicht der Versuchung, die Welt einfacher darzustellen als sie ist. Ich verzichte hier und jetzt also auf ein Fünfpunkteprogramm, das den sicheren und schnellen Weg in die digitale Zukunft der Verwaltung definiert.

Aber ich zitiere ETH-Präsident Lino Guzella. Er sagte zum Thema folgendes: Die Schweiz hat dank ihren Hochschulen und dank ihrer Infrastruktur gute Voraussetzungen, in der digitalisierten Welt vorne mitzumachen. Guzella sagt aber auch: Die Schweiz fühle sich insgesamt wenig unter Druck, sich durch mutige, riskante Unternehmungen zu positionieren. Aufwärts, mahnt er, gehe es relativ langsam, abwärts könne es sehr schnell gehen. Das ist keine Warnung, sondern eine Einladung, Guzella ermuntert uns, mutiger zu sein.

Geschätzte Damen und Herren

Was Mut und Entschlossenheit angeht, könnten wir von anderen Ländern lernen. Mein diesbezügliches Erweckungserlebnis hatte ich in Estland, die eine oder der andere von Ihnen hat mich von dort vielleicht schon schwärmen gehört.

Nur ganz kurz: Mit grosser Selbstverständlichkeit wickeln die Esten ihre Geschäfte und Kontakte mit dem Steueramt und dem Spital und allen weiteren Behörden, aber auch privatwirtschaftlichen Anbietern elektronisch ab. Sie bezahlen ihre Parkgebühr genauso übers Handy wie sie ihre Ausweise auf diese Weise verlängern. Die durchschnittliche Steuererklärung soll in drei Minuten ausgefüllt sein.

Im Zentrum steht eine Datenautobahn mit Namen „X-Road“. Jede Einwohnerin und jeder Einwohner bewegt sich darauf mit seiner digitalen Identität. Die X-Road kennt Wohnort und Familienverhältnisse, die Gesundheits- und die Lohndaten sowie den Hypothekervertrag mit der Bank. Der Grundsatz lautet, „once only“, Daten werden nur einmal erfasst.



Ich will das Beispiel Estland nicht flachwalzen. Aber es zeigt: Es ist möglich, mehr und schneller als wir denken. Klar, Estland stand im Moment der Loslösung von der Sowjetunion an einem anderen Punkt, sozusagen auf der grünen Wiese und sogar mit einem weissen Blatt Papier in der Hand. Die Esten aber – und das ist ihre Leistung, die unseren Respekt verdient – erkannten die Zeichen der Zeit, hatten ein sicheres Gespür für die Zukunft und packten die Chance. Resultat: Das erste Land in Europa, das voll auf Digitalisierung setzt.

Das Beispiel soll uns für unsere tägliche Arbeit auf dem Feld der Digitalisierung motivieren. Konkret vor uns haben wir im Moment ja die Frage des Bundes, wie es mit der sogenannten E-Identität weitergehen soll. Dazu läuft gegenwärtig eine Vernehmlassung in den Kantonen. Die E-ID ist zweifellos eine Schlüsselfrage für die Zukunft der Digitalisierung in der Schweiz.

Erinnern wir uns nochmals kurz an das Apple-Beispiel von vorhin zurück: Es zeigt uns, dass es in einem solchen Prozess verschiedene Akteure und Rollen gibt, für den Staat und für die privaten Unternehmen. Die einen formulieren, was es werden soll, die anderen entwickeln Lösungen, dritte überlegen sich, welche Geschäftsmöglichkeiten sich aus einer E-ID ergeben und nochmals andere formulieren die Spielregeln in Form von gesetzlichen Grundlagen.

Übertragen heisst das: Die Politik muss rasch festlegen, was eine elektronische Identitätskarte im Grundangebot können muss. Was ist ihr Zweck? Wo wird sie eingesetzt und wie wird sie gesichert? Dazu muss die Politik alle Akteure versammeln, Bund, Kantone, Städte, Gemeinden. Es geht um Grenzschutz, Zivilstandswesen, Registerfragen, Sicherheit und Zugänge. Sind die Ausgangsbedürfnisse klar, ist es an privaten Anbietern, im Rahmen einer Ausschreibung konkrete Lösungen vorzuschlagen. Und dann wird ein System gewählt. Durch diese Fokussierung auf ein Produkt können Investitionssicherheit und Investitionsbereitschaft markant erhöht werden. Der gewählte Anbieter bietet die Grundversorgung an und die weiteren Anbieter können sich auf die Erweiterungsoptionen konzentrieren. Damit erreichen wir alle Ziele: eine rasche Realisierung, eine taugliche Basisarchitektur und klar umrissene Innovationsfelder.

Bei der Entwicklung von Basisprodukten braucht es den Staat im Lead. Nur dessen Entschlossenheit und seine Autorität, die involvierten Player zusammenzubringen, können der Entwicklung den nötigen Schub geben. Und geschätzte Damen und Herren, wir brauchen nun einen höheren Takt und ein höheres Tempo. Verglichen mit Estland stecken wir noch im Mittelalter.

Nun, einigen im Saal mag das vorher skizzierte Modell bekannt vorkommen. Es lehnt sich am Zürcher Modell zur Einführung des elektronischen Patientendossiers an. Nach langem Hin und Her, nach langem Warten auf die privaten Investoren, nach langem Hoffen auf Innovation durch Wettbewerb, hat die Politik eingesehen, dass der Stillstand nur durch ihr Engagement überwunden werden kann.

Geschätzte Damen und Herren

Jüngst war ich in Berlin. Ich habe zur Vorbereitung einer Studienreise mit meinem Direktionskader verschiedene Gespräche mit IT- und Digitalisierungsverantwortlichen geführt. Es würde auch hier den Rahmen sprengen, wenn ich Ihnen jetzt all meine Eindrücke weitergeben würde. Aber zwei Erkenntnisse passen hier sehr gut rein.

Im Unterschied zu Estland geht es Deutschland wie der Schweiz: Die Digitalisierung muss aus einer tiptop funktionierenden Verwaltung herausentwickelt werden. Es gibt keine grüne Wiese und keinen Leidensdruck. Nur Einsicht, Lust und Leidenschaft können uns vorwärtsbringen. Erkenntnis eins: Es braucht Projekte, die unser Leben einfacher machen. Deutschland hat zu diesem Zweck jene drei Projekte identifiziert, die aus Sicht der Bürgerin, des Bürgers und aus Sicht der Unternehmen den grössten Nutzen und die grösste Vereinfachung bringen. Erkenntnis zwei: Digitalisierung ist nicht Technologie, sondern Organisation.



Geschätzte Damen und Herren

Ich habe es eingangs gesagt und bleibe dabei: Wir leben in einer spannenden Zeit. Die heutigen Referate haben aber auch gezeigt: Das Tempo, das wir in der Schweiz anschlagen, ist zu tief. Die Digitalisierung in der Schweiz braucht eine Lobby. Da kann die Digitalisierungsbewegung von der Landwirtschaft lernen. Die Agrar-Lobby im Bundesparlament ist gemessen an Köpfen ungefähr dreimal so gross wie die der Informatik-Branche. Dieses Verhältnis ist mit Blick auf die Potenziale der beiden Bereiche grundfalsch. Wir alle haben die Gelegenheit, das zu ändern.

Mit diesem Aufruf möchte ich – fast – schliessen. Seien Sie und werden, die Sie an diesem Thema arbeiten und es politisch begleiten, Teil der Digital-Lobby. Ihre Nachfahren werden es Ihnen danken.

Ich komme bald zum Schluss und vorher noch zu unserem heutigen Gastgeber. Wenn Bruno Baeriswyl in den Untertitel der heutigen Veranstaltung «Neuerungen beim Datenschutz» geschrieben hat, so tat er das gewiss auch verbunden mit einer gewissen Erwartungshaltung an die Adresse meiner Direktion. Denn viele von Ihnen wissen, dass eine Revision des Gesetzes über die Information und den Datenschutz ansteht. Genau ein Jahr ist vergangen, seit die Europäische Union da neue Pflöcke eingeschlagen hat, die auch für die Schweiz massgebend sind.

Erlauben Sie mir hierzu einen letzten Exkurs. Auf der erwähnten Berlinreise besuchte ich auch das Stasimuseum. Es ist im Herzstück des riesigen Gebäudeareals im Bezirk Lichtenberg, im sogenannten Haus 1 untergebracht, von wo aus die grenzenlose Schnüffelei angeordnet und organisiert wurde. Ich empfehle allen, die sich heute mit Digitalisierung und damit mit Datenpolitik auseinandersetzen, einmal dorthin zu fahren. Denn spätestens dort wird uns klar: Datenpolitik ist Bürgerrechtspolitik.

Datenschutz ist keine Frage der Technologie, sondern der Machtverhältnisse. Das Sammeln von Daten kann totalitären Staaten zu mehr Macht verhelfen und es kann uns gegenüber Unternehmen zu Konsummarionetten machen.

Interessant ist, wie unterschiedlich die beiden bereits erwähnten Staaten, Estland und Deutschland mit dem Thema Datenschutz umgehen. Während die Deutschen – gestützt auf ihre Geschichte – dem Staat misstrauen und damit einen ähnlichen ambivalenten Umgang mit ihren Daten haben wie wir – privat werden sorglos Datenspuren gross wie Autobahnen hinterlegt, während dem Staat jegliche once only-Politik untersagt wird – hat sich in Estland nach der Befreiung von der sowjetischen Besatzung eine vertrauensvolle mündige Beziehung zwischen den staatlichen Behörden und der Bürgerin entwickelt. Der Staat überlässt den Estinnen und Esten die volle Hoheit über ihre Daten: Ich kann jederzeit in einem Logbuch in einer für mich lesbaren Schrift nachschauen, wer wann und wo etwas mit meinen Daten gemacht hat. Ich sehe also, welche Ärztin wann und in welchen Bereich meines Patientendossiers war. Ich sehe, welcher Bankangestellte einen Blick in mein Konto geworfen hat und ich sehe, welche Polizistin mein Bussenregister geöffnet hat.



Meine Damen und Herren

Beim Datenschutz geht es in aller erster Linie um den Schutz der Persönlichkeitsrechte. Die Selbstbestimmung über die eigenen Daten hat Estland so beantwortet, wie es sich aus meiner Sicht für einen modernen Rechtsstaat gehört: Ich habe Anrecht auf volle Transparenz und auf Einblick in die mich betreffenden Datenspeicher. Ausnahmen kann es nur im Kontext strafrechtlicher Untersuchungen geben.

Mit den anstehenden Revisionen auf europäischer, eidgenössischer und kantonaler Ebene haben wir die Chance, einen markanten Schritt in diese Richtung verstärkter Bürgerrechte zu gehen. Als erste ganz kleine Neuigkeit an deine Adresse, Bruno, kann ich dir ankünden, dass wir dieser Tage – in altbewährter analoger Manier – eine Arbeitsgruppe einsetzen, die diese Revision begleiten wird. Ich bringe dir zum Jubiläum also keine Blumen, aber zumindest die Ankündigung, dass das IDG bald sozusagen in neuem Glanz erscheinen wird.

Herzliche Gratulation zum Geburtstag und auf eine erfolgreiche digitale und analoge Zusammenarbeit.